

28.1.69

RESOLUTION DES 1. VORKLINISCHEN SEMESTERS DER MEDIZINSTUDENTEN AN DER
JOHANN WOLFGANG GOETHE UNIVERSITÄT FRANKFURT

Beschlossen auf der Vollversammlung des 1. Semesters am 22. 1. 1969

Die Studenten des 1. vorkl. Semesters stellen fest:

Im Sommersemester 1969 besteht nach Auskunft der verantwortlichen Stellen lediglich für ca. 60 von 200 eingeschriebenen Medizinstudenten die Möglichkeit, ein Chemiepraktikum zu absolvieren.

Da laut Bestallungsordnung bei der Meldung zum Vorphysikum der Nachweis über ein ordnungsgemäß abgeleistetes chemisches Praktikum erbracht werden muß, wird hierdurch die Fortsetzung des Studiums für etwa 200 Studenten in Frage gestellt.

Dieses Dilemma ist umso gravierender, als die Mißstände im chemischen Teil des Medizinstudiums jahrelang durch völlig unzureichende Maßnahmen überbrückt wurden. Diesen katastrophalen Zustand hat vor allem die hessische Landesregierung in Wiesbaden zu verantworten, die seit Jahren die Zustände des Chemischen Instituts kennt und jahrelange Versprechungen nicht eingehalten hat.

Die absolut kurzsichtigen Überbrückungsmaßnahmen haben jetzt zu einem völligen Zusammenbruch dieses Teils der Ausbildung geführt.

Daher fordert die Vollversammlung die verantwortlichen Stellen auf, umgehend miteinander in Verbindung zu treten und innerhalb von 10 Tagen eine annehmbare Lösung vorzuschlagen.

Das 1. Semester tritt in der kommenden Woche ab Mittwoch dem 29.1. in einen 3-tägigen Warnstreik, um die Forderungen der etwa 200 Studenten zu unterstützen und das Verfahren zu beschleunigen. Am Montag dem 3. Feb. tritt das erste Semester zu einer weiteren Vollversammlung zusammen, um zu entscheiden, ob eine akzeptable Lösung gefunden ist. Diese Lösung muß es ermöglichen, daß alle 200 Studenten des 1. Sem. das chemische Praktikum gemäß der Bestallungsordnung absolvieren können. Es wird hierbei entschieden, ob der Warnstreik in einem unbefristeten Streik fortgesetzt wird.

Werden Repressalien von Seiten der Universität oder der Regierung auf die Streikenden ausgeübt, behält sich die Vollversammlung Gegenmaßnahmen vor.